

# STUTTGARTER NACHRICHTEN

Nummer 151 · 27. Woche · 78. Jahrgang · Fern

Dienstag, 4. Juli 2023

www.stn.de · € 2,40 · E 4063

## Tote nach israelischer Militäroffensive

Dschenin im Westjordanland gilt als Hochburg militanter Palästinenser – Israels Armee rückt in die Stadt ein.

**DSCHENIN.** Erstmals seit zwei Jahrzehnten hat Israel wieder eine groß angelegte Militäroffensive im Westjordanland begonnen. Die Armee rückte nach Luftschlägen mit Bodentruppen in die palästinensische Stadt Dschenin ein. Mindestens acht Palästinenser wurden getötet, darunter ein 16-Jähriger. Dutzende weitere wurden nach palästinensischen Angaben zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Dschenin und das dazugehörige Flüchtlingslager mit 17 000 Einwohnern gelten seit Jahren als Hochburg militanter Palästinenser. Neben der im Gazastreifen herrschenden Hamas haben auch die militante Palästinenserorganisation Islamischer Dschihad sowie weitere Gruppierungen dort massiv an Einfluss gewonnen. Finanziert werden sie größtenteils vom Iran. *dpa*

## Helfen an vorderster Front

Ein Viertel aller ukrainischen Militärs sind Frauen. An der Front dienen sie oft als Sanitäterinnen. So wie Anita. Für russische Soldaten ist die 37-Jährige ein Ziel, für ihre Kameraden eine Lebensretterin mit „ihrem“ Rettungswagen: Die gesamte Ausstattung besteht aus ihrem gefüllten Sanitätterrucksack und einer Trage.



## Kommentar

### Es lohnt sich, um jeden Euro zu kämpfen

Die Idee der Kindergrundsicherung ist bestechend. Noch sind viele Fragen ungeklärt – auch bei der Finanzierung.

VON TOBIAS PETER

Die Kindergrundsicherung erinnert an ein Kunstwerk, über das bereits alle sprechen, während es noch gar nicht fertiggestellt ist. Die Erwartungen sind riesig. Die Grundidee ist bestechend. In der Kindergrundsicherung sollen unterschiedliche staatliche Leistungen – vom Kindergeld über den Kinderzuschlag bis hin zum Bildungs- und Teilhabepaket – zusammengefasst werden. Und: Wenn sie da ist, sollen die Menschen ein einfaches digitales Antragssystem nutzen können. Das alles ist schon deshalb wichtig, weil bislang viele Familien das Geld nicht erreicht, das ihnen zusteht.

Doch obwohl fortlaufend über die Finanzierung der Kindergrundsicherung diskutiert wird, gilt: Auch die rein praktischen Fragen sind noch nicht geklärt. Wenn die Ampelkoalition sich nicht blamieren will, muss das Vorhaben bis Anfang 2025 gelingen. Das ist alles andere als trivial. Unterschiedliche staatliche Leistungen zusammenzuführen ist in Deutschland ungefähr so kompliziert, wie ein Gesetz zum Heizungsausschuss auf den Weg zu bringen.

Für eine anständige finanzielle Ausstattung der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung durch die Erhöhung des Kindergeldes bereits einiges getan. Nur: Um Kinderarmut in der ganzen Breite zu bekämpfen, reicht das noch nicht aus. Keine Frage, das Geld im Haushalt ist knapper als früher. Doch es lohnt sich, um jeden Euro, der gegen Kinderarmut hilft, zu kämpfen.

## Wetter



Mittags 25° | Nachts 14°

Überwiegend heiter, dann Schauer und starke Gewitter

Seite 7

## Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 - 0  
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 - 61 61



## Rente, Pflege, Elterngeld: Lindner will Milliarden einsparen

Der Finanzminister plant für 2024 eine Neuverschuldung des Bundes von 16,6 Milliarden Euro. Der Etatentwurf sieht massive Kürzungen vor. Die Ampel wird weiter über Kindergrundsicherung verhandeln.

**BERLIN.** Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) plant für das kommende Jahr eine Neuverschuldung des Bundes von 16,6 Milliarden Euro. Damit werde die Schuldenbremse wieder regulär eingehalten, hieß es am Montag aus dem Bundesfinanzministerium in Berlin. Der Etatentwurf sieht bereits für 2024 massive Sparmaßnahmen vor, für die Jahre danach hält Lindner weitere Einsparungen für erforderlich.

Um den Haushalt für 2024 war in der Ampelkoalition heftig gerungen worden. Der Etatentwurf soll am Mittwoch vom Kabinett beschlossen werden. Das Ausgabevolumen des Bundes gibt das Ministerium für 2024 mit 445,7 Milliarden Euro an. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist den Angaben zufolge auch in den folgenden Jahren vorgesehen.

Für 2024 sind einschneidende Sparmaßnahmen vorgesehen. Unter anderem soll der Bundeszuschuss für die Pflegeversicherung im kommenden Jahr komplett entfallen und der Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung auf dem bisherigen Niveau eingefroren werden. Den Zuschuss für die gesetzliche Rentenversicherung will Lindner dem-

„Mit zwei Milliarden Euro mehr im Jahr beseitigen Sie keine Kinderarmut. Das ist ausgeschlossen.“

Ulrich Schneider,  
Chef des Paritätischen  
Gesamtverbands



Foto: imago/Political-Moments

nach absenken. Mit Blick auf das Elterngeld ist von einer „Dämpfung der Ausgabendynamik“ die Rede.

Die Verhandlungen um die Finanzierung der geplanten Kindergrundsicherung dauern nach übereinstimmenden Angaben der beteiligten Ressorts noch an. Die Finanzplanung Lindners sieht für die Zeit ab 2025 dafür einen Vorsorgeposten von zwei Milliarden Euro jährlich vor. Das Familienministerium ging bisher von einem Finanzbedarf von zwölf Milliarden Euro pro Jahr aus. „Mit zwei Milliarden Euro mehr im Jahr beseitigen Sie keine Kinderarmut. Das ist ausgeschlossen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, Ulrich Schneider, unserer Zeitung. „Wer sonst gern mit Wumms und Doppel-Wumms agiert, darf nicht auf Kosten armer Kinder sparen.“

Von Einsparungen ausgenommen ist der Verteidigungshaushalt. Allerdings bleibt dessen Zuwachs mit 1,7 Milliarden Euro weit hinter den von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) als notwendig bezeichneten zehn Milliarden Euro zurück. *AFP/pet*

**Kommentar**

## Impfschaden? Mann klagt gegen Biontech

Ein 58-Jähriger erblindet auf dem rechten Auge fast vollständig und klagt nun vor dem Landgericht Rottweil.

**ROTTWEIL.** Vor dem Landgericht Rottweil hat die Verhandlung um eine Schadenersatzklage gegen Biontech begonnen. Ein 58-Jähriger wirft dem Unternehmen vor, einen gesundheitlichen Schaden von einer Coronaimpfung erlitten zu haben. Er sei deswegen auf dem rechten Auge fast vollständig erblindet. Der Zivilprozess ist einer der ersten gegen einen Corona-Impfstoffhersteller in Deutschland. Der Mann verlangt 150 000 Euro Schmerzensgeld.

Zudem soll festgestellt werden, dass Biontech zum Ersatz von möglichen materiellen Schäden verpflichtet wird. Seine erste Impfdosis erhielt er im Mai 2021, die zweite im Juni. Einen Tag darauf habe er Wortfindungsstörungen und Konzentrationsprobleme gehabt, schilderte er vor Gericht. *red*  
**Leitartikel**

## Sirenen heulen nach Angriff auf Bürgermeister

Ein Spendenaufruf für die Familie des Polizisten, der in Frankreich einen 17-Jährigen bei Verkehrskontrolle erschossen hat, löst Kritik aus.

**NANTERRE/PARIS.** Nach dem mutmaßlichen Brandanschlag auf das Wohnhaus eines Bürgermeisters während der Unruhen in Frankreich haben Rathäuser am Montag im ganzen Land ihre Sirenen heulen lassen. In zahlreichen Orten versammelten sich Bürger am Mittag vor den Rathäusern, um ihre Solidarität zu bekunden. Knapp eine Woche nach dem tödlichen Schuss eines Polizisten auf einen 17-Jährigen flauen die Krawalle etwas ab, doch bleibt die Lage angespannt.

„Wir sind solidarisch mit allen, die Opfer von Gewalt geworden sind“, sagte der Bürgermeister von Nanterre, Patrick Jarry. „Wir hoffen auf Gerechtigkeit für Nahel“, fügte er hinzu. Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo sprach von einem „Mangel an Brüderlichkeit“, der zu spüren sei.

Präsident Emmanuel Macron will an diesem Dienstag 220 von den Ausschreitungen betroffene Bürgermeister treffen.

Bei den nächtlichen Unruhen in ganz Frankreich haben Randalierer auch zahlreiche Rathäuser beschädigt. Bei dem bislang schlimmsten Angriff liefen Unbekannte ein Auto mit einem Brandsatz auf ein Wohnhaus des Bürgermeisters von L'Haÿ-les-Roses im Großraum von Paris fahren. Dessen Frau brach sich das Schienbein, als sie mit ihren beiden kleinen Kindern fliehen wollte. Seit Beginn der Ausschreitungen gab es landesweit mehr als 3000 Festnahmen.

Ein Aufruf zu Spenden für die Familie des Polizisten, der den 17-Jährigen erschossen hatte und sich in Untersuchungshaft befindet, löste heftige Kritik aus. Diese Aktion diene nicht der Beruhigung der Lage, sagte der französische Justizminister Eric Dupond-Moretti dem Sender France Inter. Der Spendenaufruf stammt von dem TV-Kommentator Jean Messiha, der für seine rechtsradikalen Ansichten bekannt ist. *AFP/dpa*

## SSB aus dem Takt: Fahrpläne ausgedünnt

Die Stadtbahnen in Stuttgart zeigen derzeit ungewohnte Ausfälle – nun reagiert das Unternehmen.

**STUTTGART.** Die Stuttgarter Straßenbahnen (SSB) schlagen Alarm. Es habe „in den letzten Tagen vermehrt ungeplante Fahrtausfälle im Stadtbahnnetz auf unterschiedlichen Linien und zu unterschiedlichen Zeiten“ gegeben. Die gelben Bahnen der SSB galten bislang im Gegensatz der S-Bahn der Deutschen Bahn als verlässliche Größe im öffentlichen Nahverkehr der Landeshauptstadt.

Auf die Unregelmäßigkeiten reagieren die SSB mit ausgedünnten Fahrplänen. Vom 4. Juli an entfallen auf verschiedenen Linien bis 30. Juli einzelne Fahrten. Passagiere sollten sich in der elektronischen Fahrplanauskunft über die tatsächlichen Abfahrtszeiten informieren. Vom 31. Juli an bis zum Ende der Sommerferien fahren die Linien U 16 und U 19 nicht. *mil*

## 18-Jährige auf Spielplatz entführt

**MARBACH AM NECKAR/STUTTGART.** Ein Mann soll eine 18-Jährige auf einem Stuttgarter Spielplatz entführt und später mehrfach vergewaltigt haben. Der 37-Jährige konnte am Mittwoch am Bahnhof in Marbach am Neckar (Kreis Ludwigsburg) festgenommen werden, wie Polizei und Staatsanwaltschaft am Montag mitteilten. Eine Polizeistreife erkannte den Mann in Begleitung des Opfers und nahm ihn zwei Tage nach der mutmaßlichen Entführung fest. *dpa*

## Doppelter Beitrag – Scholz soll eingreifen

**STUTTGART.** Der Verein der Direktversicherungsgeschädigten (DVG) ermahnt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), sich an seine Versprechen zu halten und die sogenannte Doppelverbeitragung auf Direktversicherungen abzuschaffen. Gemeint sind die seit 2004 erhöhten Sozialabgaben auf ausgezahlte Renten der betrieblichen Altersvorsorge, wozu auch Kapitallebensversicherungen gehören.

Der Regierungschef hat bei mehreren Anlässen zugesagt, dass die Regierung in dieser Legislaturperiode dafür eine Lösung finden wolle. Der DVG-Bundesvorsitzende Reiner Korth erinnerte daran in einem Schreiben ans Kanzleramt. „Langsam schwindet das Vertrauen, das Scholz noch sein Versprechen einlöst“, sagte er unserer Zeitung. *ms*